Nr. 143 XXVIII. Jahrgang

Dienstag, 8. Juni 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 84 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 528, 13 630, 13 897, 17 109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Einzeichnung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.60, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Ergebnisse der Reichstagswahl

Von dem Ergebnis der Reichstagswahl kann in einer Gesamtbetrachtung noch kaum gesprochen werden. Nur von Ergebnissen. Weil die zuverlässigen Feststellungen aus zahlreichen Wahlkreisen noch fehlen. Aber die Resultate, die bereits vorliegen, lassen doch schon Schlüsse zu auf das Gesamtergebnis und man sieht schon, daß — wie zu erwarten stand — die Demokraten und Sozialdemokraten starke Verluste erlitten, Unabhängige und Volkspartei, danach die Deutschnationalen erhebliche Gewinne zu verzeichnen haben. Die Ursachen liegen ebenso klar. Das Gros der Wähler sucht einen gefühlsmäßigen politischen Ausdruck seiner Unzufriedenheit mit dem Leben, das wir führen und für das man die derzeitigen Regierungsparteien verantwortlich macht. Daß selbst kein Bismarck, kein Napoleon, daß kein Gott die Quellen der Not und der Sorgen und aller Unlustgefühle zu verstopfen, von heute auf morgen die Zustände und ihre Ursachen zu ändern vermöchte, das gesteht sich die große Masse der Wähler um so weniger ein, als die extremen Parteien unermüdlich dazu beigetragen haben, im Parteiinteresse die Spiegelung andauernd neu vorzuspiegeln, es seien die derzeit in der Regierung vertretenen Parteien „an allem schuld“. Auf den Gehsteigen Dresdens las man in Stempeldruck: „Dieser Schieberregierung keine Stimme!“ Schieber sind bekanntlich Leute, die sich auf unlautere und betrügerische Art auf Kosten der Volksgesamtheit bereichern. Die Verfertiger des Gummistempels könnten nicht einen Minister und eine Tat solcher Art, von ihm getan, benennen. Aber es nützt der Partei, wenn man das Trottoir in dieser Weise benützt. Das Wort banal kommt von dem französischen ban = Gemeinplatz her. Ein sprechendes Symbol, dieser banale Schimpf auf dem Gemeinplatz, der von allen begangen wird. Alles für die Partei, jedes Mittel geheiligt durch den Parteizweck heißt das. Und die Spekulation auf die Unzufriedenheit der Wähler bewährt sich, wie zu erwarten war.

Die Berliner „Tägl. Rundschau“ überschreibt denn auch in ihrer heutigen Montagsausgabe die Mitteilungen über das Wahlergebnis: „Niederlage der Demokraten.“ So einfach liegen die Dinge nun aber doch nicht. Wer alles nur aus dem enggeistigen Gesichtswinkel der eigenen Partei sieht, mag sich über die Erfolge der eigenen Partei freuen, ebenso über die Niederlage der gegnerischen Parteien. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ist aber nicht nur die Fahnenflucht aus der demokratischen und sozialdemokratischen Partei die Ursache der Niederlage. Außer dem Ressentiment für Unzufriedenheit kommt viel auch auf das Konto der Wahlflauheit. Diese Wahlflauheit ist ein Ergebnis unseres im ganzen noch unfertigen politischen Parteiwesens. Wenn Hunderttausende, ja Millionen innerhalb weniger Monate eine Partei verlassen, so sind hieran weniger die Fehler der Partei schuld, als der Mangel an politischer Durchbildung der Massen. Den Sozialdemokraten ist es ja vergleichsweise noch schlimmer ergangen als den Demokraten. Aber es fällt auf, daß fast überall auch Massen von sozialistischen Wählern nicht gewählt haben. Soweit eine Abwanderung aus der alten Sozialdemokratie zu erkennen ist, kommt sie vornehmlich den Unabhängigen zugut, und diese haben wieder z. T. erhebliche Bestände an die Kommunisten abgegeben. In Sachsen, Bayern, Hamburg und auch im Industriebezirk sind den Kommunisten dadurch ansehnliche Stimmzahlen zugeflossen und sie werden also auch im ersten Reichstag vertreten sein. Immerhin hat sich dieses Ergebnis in erträglichen Grenzen gehalten. Ob die Abwanderung nach rechts ebenso stark ist, läßt sich zur Stunde noch nicht mit Sicherheit sagen. Die Ergebnisse vom flachen Lande stehen noch aus. Sie können das Bild noch nach der einen oder andern Seite hin wesentlich verschieben.

Allein damit ist das Problem der Regierungsbildung noch nicht gelöst. Gewinne und Verluste einzelner Parteien würden nicht so schwer wiegen, wenn sich wenigstens die Keime einer tragfähigen Mehrheit erkennen ließen. Möglich, daß die Deutsche Volkspartei auf siebzig bis achtzig Sitze im Parlament anschwillt. Wenn nun auch der Reichskanzler Müller entschieden abgelehnt hat, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten, so fragt es sich doch, ob die Sozialdemokratie bei diesem Nein unter allen Umständen verharrt. Die Unabhängigen wollen den Klassenkampfcharakter der Partei nicht aufgeben, also auch keine Arbeitsgemeinschaft mit den bürgerlichen Demokraten. Allein können sie als Minderheit keine Regierung bilden. Und da das Zentrum sich, wie es scheint, sehr gut gehalten hat, so wird die Mehrheit des Reichstages nicht sozialistisch sein. Auch eine Regierungskoalition der sozialistischen Parteien hätte also keine Mehrheit im Volke für sich. Die Lage ist ernst und verworren. Sie zu lösen wird politische Klugheit und Takt erfordern. Höher aber als alle Parteiinteressen steht das Wohl des Vaterlandes. Wir können keine Verschärfung unserer ohnehin schwierigen Lage gebrauchen, da wir dann notwendigerweise zusammenbrechen würden. Soweit sich also das Ergebnis der Wahl bisher sichten läßt, sieht man sicher nur, daß unser gesamtes politisches Parteiwesen noch in der Umbildung begriffen ist. Es wird erst für ein parlamentarisches System in der Zukunft reifen müssen.

Aber darauf kann natürlich die Regierungsbildung nicht warten. Und die Parteien denken schon gar nicht daran. Nun wird man ja bald sehen, wie die Bekämpfer des gewiß nicht ergebnislosen Kompromisses der bisherigen Koalition mehr zu machen gedenken, was alles sie dem unzufriedenen Wähler Schönes versprochen haben. Es wird sich da zeigen, daß das Beschimpfen und Verunglimpfen etwas leichter ist als das Bessermachen. Und wer nicht sehr bald [illegible] Lebensmittel und Kleidung und Wohnung und alles, was sonst zu behaglicherem Leben gehört, zu geben vermag, dem — droht der nächste Gummistempel, gleichviel, ob dieser Reichstag bis 1924 hält oder nicht. Die Gefahr, daß die Parteienverschiebung neue schwere Beeinträchtigungen unsres Wirtschaftslebens und Wiederaufbaues mit sich bringt, ist sehr groß. So groß, wie die Verantwortlichkeit der neuen Regierung und der Wahlsieger, die goldene Berge versprochen und die Gegner hart gescholten haben, weil sie das Volk nicht zu diesen goldenen Bergen geführt haben. Das sieht nicht aus, als würden die Massen nun zur Erkenntnis geführt, daß es noch wie vor nur eine Rettung gibt: Harte, fleißige Arbeit und strenge Sparsamkeit. Und vor allem Versöhnlichkeit, Arbeit aller für alle. Das aber ist das einzige Programm, das uns helfen kann.

*

In Dresden und in ganz Sachsen ist der Wahltag ohne jede Störung ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung war stärker als man nach den in den Tagen vor der Wahl bemerkbaren Zeichen der Wahlmüdigkeit schließen konnte. In Dresden machten durchschnittlich 75 Proz. der Wahlberechtigten von ihrem Stimmrechte Gebrauch, in Leipzig verhielten sich die Wähler ähnlich, ebenso in Chemnitz, wo die zweifellos starke Stimmenthaltung der Bürgerlichen durch die rege Beteiligung der Kommunisten, die bei den Wahlen zur Nationalversammlung bekanntlich Stimmenthaltung übten, bei der Stimmzählung ausgeglichen sein dürfte. Im Vergleich zur Nationalversammlungswahl 1919 hat in Dresden die Deutschnationale Volkspartei über 3000 Stimmen gewonnen, noch wesentlich mehr die Deutsche Volkspartei, die einen Stimmenzuwachs von 3884 zu verzeichnen hat. Das Zentrum hat in allen drei sächsischen Reichstagswahlkreisen an Stimmen eingebüßt, angesichts der geringen Stimmenzahl, die auf diese Partei in Sachsen überhaupt entfallen ist, immerhin erheblich. Die Demokraten und die Sozialdemokraten haben besonders im Dresdner und Chemnitzer Wahlkreis außerordentlich viel Anhang verloren. In Dresden-Stadt büßten die Demokraten über 17 000 Stimmen ein, die Sozialdemokraten über 63 000. Dagegen gewannen die Unabhängigen sehr wesentlich, in Ostsachsen nicht weniger als etwa 55 000 und damit — wenn man das vorläufige Resultat zugrunde legt — ein Mandat. In Chemnitz, wo die Sozialdemokraten doch in einer denkbar ungünstigen Situation waren, haben diese immerhin von neun Mandaten zur Nationalversammlung vier sich zu sichern gewußt. Den Kommunisten gelang es hier, ein Mandat, das einzige kommunistische für Sachsen, zu erobern. Die Deutschnationalen haben in Dresden ein Mandat eingebüßt, in Chemnitz haben sie nicht erheblich eingebüßt, dagegen haben sie in Leipzig etwa 75 000 Anhänger gewonnen und damit ein neues Mandat.

Die eigentliche Ueberraschung liegt in dem Anwachs für die Deutsche Volkspartei in Leipzig. Das Merkwürdige des Ergebnisses ist aber, daß man wohl den Abgang der demokratischen Stimmen ganz genau bis auf die letzte Stimme feststellen kann, während das Verbleiben der etwa 75 Proz. der mehrheitssozialistischen Stimmen nicht zu erklären ist. Die Demokraten haben, wie wohl überall in Sachsen, auch in Leipzig ihren Verlust an Stimmen an die Deutsche Volkspartei abgegeben, die in Leipzig bei den Wahlen zur Nationalversammlung überhaupt keine Kandidaten aufgestellt hatte. Bedauerlich ist, daß die Deutsche Demokratische Partei in Sachsen aller Voraussicht nach — d. h. nach dem vorläufigen Ergebnis — nicht weniger als vier von ihren früheren sechs Mandaten einbüßen mußte, und zwar im Dresdner Wahlkreis eins, im Chemnitzer zwei und im Leipziger eins.

*

Der Wahltag im Reich

Ueberall Ruhe im Reich

Die Nachrichten aus dem Reich melden einen völlig ruhigen, glatten Verlauf der Wahlhandlung. Dies gilt insbesondere für Düsseldorf, Barmen, Dortmund und die übrigen Teile des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Der Straßenverkehr wich nicht von dem der übrigen Tage ab. Auch aus Pommern und insbesondere Stettin und Greifswald sind keinerlei beunruhigende Meldungen eingegangen. Die Wahl ist völlig ruhig verlaufen. Das gleiche gilt für Schlesien, insbesondere für Breslau. Auch in Köln verlief die Wahl unter starker Beteiligung vollkommen ruhig und ebenfalls in Gotha. Die aus Nordwestdeutschland, u. a. aus Hannover, Braunschweig und Bremen vorliegenden Meldungen halten sich in gleichem Rahmen. Auch die Wahl in Süddeutschland verlief, wie aus München und Frankfurt a. M. gemeldet wird, völlig ruhig.

Berlin

B. Berlin, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Wahltag ist in Groß-Berlin ruhig verlaufen, nachdem die Unabhängigen und Kommunisten noch im letzten Augenblick die Einberufung von Gegenkundgebungen für die Rätediktatur abgesagt hatten. Starke Abteilungen der Sicherheitswehr waren im Stadtbezirk und besonders in der Nähe der Wahllokale verteilt und die Reichswehr stand tagsüber in den Kasernen in erhöhter Alarmbereitschaft. Am Vorabend des Wahltages fanden Wahlumzüge der Unabhängigen, der Kommunisten und auch der Mehrheitssozialisten statt, zum Teil mit voranschreitenden Musikkapellen. Die Umzüge verliefen ohne Störung. Größere Ansammlungen fanden nicht statt.

München

B. München, 7. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die bayerische Mittelstandspartei hatte am Wahltage eine außerordentlich rege Agitation entfaltet. Die Mittelstandspartei war die einzige Partei, die über einen großen Schlepperdienst mittels Automobile, Droschken und Radfahrer verfügte. Der Wahltag selbst ist in München ruhig verlaufen. Versammlungen fanden nicht statt, dagegen nahm fast allgemein die Geistlichkeit in den Kirchen zur Wahl Stellung und empfahl die Wahl nur solcher Kandidaten, die für die Kirche und für die Freiheit der Religionsausübung eintreten. Die Sicherheitswehr hatte, da Gerüchte von einem spartakistischen Putsch verbreitet waren, die staatlichen Gebäude besetzt. Am Nachmittag wurde sie aber wieder zurückgezogen.

*

Vorläufiges Ergebnis im Reiche

B. Berlin, 7. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Bis 7 Uhr früh wurden im ganzen Reiche gezählt: Dntl. 1 115 000, D. Vp. 1 774 000, Zentr. 1 395 000, Dem. 1 215 000, Soz. 2 103 000, U. Soz. 1 501 000, Komm. 182 000. Das sind immer noch Teilresultate.

*

Abgeschlossene Wahlergebnisse:

Soweit die Wahlergebnisse aus geschlossenen Wahlkreisen schon vorliegen und amtlich bestätigt oder doch so weit vollständig sind, daß sie sichere Schlüsse zulassen, geben wir sie hier wieder, indem wir zugleich hinter die Mandatzahl die Namen der somit gewählten Kandidaten anfügen. Die hier genannten Kandidaten können als gewählt gelten, es muß aber noch mit Verschiebung in den Listen gerechnet werden, da ein Kandidat zweimal gewählt werden kann, aber schließlich nur einen Wahlkreis vertreten darf. Es tritt dann durch sein Ausscheiden aus einer Liste eine Verschiebung zugunsten des nächsten Kandidaten ein.

Wahlkreise 2, 3, 4, Berlin-Potsdam-Brandenburg

Von den bis 10 Uhr in Groß-Berlin gesammelten Stimmen erhielten die Dntl. 382 308, die D. Vp. 403 347, die Dem. 940 890, Ztr. 81 196, Soz. 448 832, U. Soz. 920 790, Komm. 85 140, Wirtschaftl. Vereinigung 49 080. Somit erhielten die Dntl. fünf Mandate (Laverrenz, Berndt, Frl. Scheidel, Müller, Brunk), die D. Vp. sieben (Prof. Dr. Kahl, v. Raumer, Beneck, Frl. Rüdiger, Klähn, Bitterhof, Lenzl), die Dem. vier (v. Siemens, Hartmann, Dr. Marie Baum, Schneider), das Zentrum eins (Dr. Pfeiffer), die Soz. sieben (Heimann, Klara Schuch, Fischer, Schmidt, Ritter, Schlegel, Martha Hoppe), die U. Soz. fünfzehn (darunter Luise Zietz, Emil Eichhorn, Ledebour, Crispien und Adolf Hoffmann).

5. Wahlkreis, Frankfurt a. d. O.

Ein vorläufiges Endergebnis meldet der 5. Wahlkreis, Regierungsbezirk Frankfurt a. d. O., mit einer Stimmenabgabe von 429 240. Hiervon entfallen auf die Dntl. 111 889 (113 143), D. Vp. 74 876 (—), Chr. Vp. 19 083 (10 554), Dem. ca. 15 000 (132 909), Soz. 165 975 (308 053), U. Soz. 60 327 (4235), Komm. 4974 (—), Polen 1861. Danach erhalten von Mandaten die Dntl. eins (Malke), D. Vp. eins (v. Kemnitz), die Soz. eins (Wels, Parteivorsitzender), und die U. Soz. eins (Kunze). Das bedeutet für die Dntl. einen Verlust von einem Mandat, für die D. Vp. einen Gewinn von einem Mandat, für die Dem. einen Verlust von 2 Mandaten, für die Soz. den Verlust von drei Mandaten und die U. Soz. einen Verlust von einem Mandat.

6. Wahlkreis, Pommern

Aus Stettin und den drei Regierungsbezirken Stettin, Köslin und Stralsund als vorläufiges Ergebnis: Gesamtstimmenabgabe 406 880. Davon Dntl. 94 500 (194 145), D. Vp. 111 000 (88 102), Chr. Vp. 3281 (4890), Dem. 10 000 (174 710), Soz. 82 500 (331 528), U. Soz. 86 000 (15 409), Komm. 37 000 (—), Reformpartei 3605, D. Wirtschaftsbd. 883. Bisher gelangen vier Mandate zur Verteilung. Je eins für die Dntl. (Malkewitz), die D. Vp. (Dr. Mittelmann), die Soz. (Kürsten) und die U. Soz. (Voatherr). In der Nationalversammlung waren die Dntl. von Pommern mit drei Mandaten, die D. Vp. mit einem, die Dem. mit zwei, die U. Soz. mit einem und die Soz. mit fünf Mandaten vertreten.

7. Wahlkreis, Mecklenburg

Von 541 840 abgegebenen Stimmen entfallen auf die Dntl. 68 994 (58 888), D. Vp. 62 094 (19 880), Chr. Vp. 1467 (—), Dem. 85 191 (185 700), Soz. 119 795 (222 406), U. Soz. 96 996 (—), Komm. 4010 (—), Wirtschaftl. Vereinigung 18 416. Dementsprechend erhalten die Dntl. ein (v. Graefe), die D. Vp. ein (Dr. Piper), die Soz. wahrscheinlich zwei Mandate (Krüger, Stelling). Das bedeutet für die D. Vp. den Gewinn von einem Mandat; die Dem. verlieren zwei Mandate, die Soz. ein Mandat.

8. Wahlkreis, Breslau

Gesamtstimmenabgabe 881 472 Stimmen. Davon entfallen auf die Dntl. 118 879 (137 595) D. Vp. 112 173, Ztr. 119 571 (187 880), Dem. 54 111 (189 188), Soz. 213 967 (483 060), U. Soz. 94 851 (963), Komm. 2100, D. Mhdp. 13 340 (906) Stimmen. Demgemäß verteilen sich die Mandate wie folgt: Dntl. ein (Dr. Semmler), D. Vp. ein (Frhr. v. Rheinbaben), Zentr. zwei (Janecka, Puschmann), Soz. fünf (Löbe, Franz, Feldmann, Seppel, Frau Anforge), U. Soz. ein (Grunschwitz). Das bedeutet für die Dntl. den Verlust von einem Mandat, für die D. Vp. den Gewinn von einem Mandat, für die Dem. den Verlust von zwei, für die Soz. den Verlust von einem Mandat und für die U. Soz. den Gewinn von einem Mandat. Die Zahlen scheinen aber auch hier noch korrekturbedürftig zu sein. — An erster Stelle der demokratischen Liste stand der Reichsschatzminister a. D. Gothein, der somit nicht mehr in den neuen Reichstag einziehen wird, da die Demokraten kein Mandat erhielten.

11. Wahlkreis, Magdeburg

Aus Magdeburg werden folgende Zahlen gemeldet: Abgegebene Stimmen 796 700. Davon erhielten Dntl. 131 694 (72 580), D. Vp. 194 046 (26 706), Chr. Vp. 13 587 (12 800), Dem. 126 068 (314 016), Soz. 176 172 (401 740), U. Soz. 170 495 (34 905), Komm. 9605 (—), National-Dem. 1940. Demnach erhalten im Wahlkreis 11 die Dntl. zwei (Schiele, Kiesebergl), die D. Vp. zwei (Dr. Kulenkampff, Frau v. Oheimb), die Dem. zwei (Reichsmin. a. D. Schiffer, Dr. Böhme), die Soz. zwei (Verkehrsminister Bauer, Silberschmidt) und die U. Soz. zwei Mandate (Brandes, Dittmann). Das bedeutet für die Dntl. einen Gewinn von einem Mandat, die D. Vp. und die U. Soz. gewannen je zwei Mandate. Die Dem. verloren ein, die Soz. drei Mandate.

12. Wahlkreis, Merseburg

Gesamtstimmenabgabe 528 290, Dntl. 93 789 (76 797), D. Vp. 85 490 (17 681), Ztr. 14 791 (6513), Dem. 60 762 (161 272), Soz. 48 988 (109 058), U. Soz. 219 943 (294 347), Komm. 4634. Es erhalten demnach die Dntl. ein Mandat (Demeter), D. Vp. ein Mandat (Dr. Cremer), Dem. ein Mandat (Delius), U. Soz. drei Mandate (Krüger, Dr. Waentig, Wiegand). Das bedeutet für die Vp. den Gewinn von einem Mandat, für die Dem. und Soz. den Verlust von je einem Mandat, für die U. Soz. einen Verlust von zwei Mandaten. Das Ergebnis scheint aber noch nicht ganz vollständig zu sein.

16. Wahlkreis, Hamburg

Folgendes nahezu ganz abgeschlossenes Resultat liegt vor: Gesamtstimmenabgabe 561 011. Davon Dntl. 69720 (33 108), D. Vp. 84 248 (90 018), Ztr. 5802, Dem. 97 729 (150 050), Soz. 215 320 (447 172), U. Soz. 84 494 (83 527), Komm. 2927, Polen 252, D. Hannov. 281, Ntl. Dem. Vp. 202. Demnach erhalten die Dntl. ein Mandat (Dr. Helfferich, Staatsminister a. D.), D. Vp. ein Mandat (Dauch), Dem. ein Mandat (Dr. Petersen), Soz. drei Mandate (Stolten, Hellmann, Frau Reitze), U. Soz. ein Mandat (Reich). Das bedeutet für die Dntl. einen Gewinn von einem Mandat, für die Dem. den Verlust von zwei und für die Soz. den Verlust von drei Mandaten.

21. Wahlkreis, Hessen-Nassau

Vorläufiges Ergebnis: Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 482 965. Davon Dntl. 51 419 (106 078), D. Vp. 69 850 (61 405), Chr. Vp. 48 487 (187 579), Dem. 61 160 (230 132), Soz. 152 679 (403 116), U. Soz. 64 886 (42 080), Komm. 4361 (—). Demgemäß erhalten an Mandaten die D. Vp. ein (Dr. Helfferich, Staatsminister a. D.), Dem. ein (Walter Schücking), Soz. drei (Philipp Scheidemann, Frau Tesch, Kaiser), U. Soz. ein (Dißmann). Das bedeutet für die Dntl. einen Verlust von einem Mandat, für das Ztr. einen Verlust von drei Mandaten, für die Dem. einen Verlust von zwei, für die Soz. einen Verlust von vier Mandaten und für die U. Soz. einen Gewinn von einem Mandat.

22. Wahlkreis, Hessen-Darmstadt

Gesamtresultat (noch nicht vollständig) 405 616 Stimmen, davon Dntl. 122 300 (43 860), D. Vp. 82 600 (73 840), Chr. Vp. 29 000 (110 858), Dem. 48 600 (124 209), Soz. 117 600 (280 211), U. Soz. 68 400 (12 638), Komm. 5400 (—), Polen 2000. Dies bedeutet für die Dntl. zwei Mandate (Dorsch II, Dr. Werner), für die D. Vp. eins (Dr. Becker), ebenso je eins für die Soz. (Ulrich) und U. Soz. (Beckmann). Die Dntl. gewannen bis jetzt zwei Mandate.

34. Wahlkreis, Württemberg

Die württembergische Bürgerpartei erhielt dort 100 0456 Stimmen, die Bauernpartei 195 825, die D. Vp. 42 965, Ztr. 289 858 (303 060), Dem. 161 882 (331 903), Soz. 179 818 (470 204), U. Soz. 145 220 (20 871), Komm. 36 611 Stimmen. Danach erhalten die Bauernp. drei Mandate (Vogt, Körner, Haag) die Bürgerp. ein Mandat (Bazille) Ztr. vier Mandate (Erzberger, Bolz, Hellmayer, Andre), Dem. zwei Mandate (Haußmann, Dr. Wieland), Soz. zwei Mandate U. Soz. zwei Mandate (Crispien, Remmele). Das bedeutet für die Bürgerp. und die Bauernp., die bei den letzten Wahlen zusammen vorgingen, einen Gewinn von zwei Mandaten, für die Dem. einen Verlust von zwei Mandaten, für die Soz. einen Verlust von fünf Mandaten, für die U. Soz. einen Gewinn von zwei Mandaten.

Die Reststimmen des Wahlkreises 34 der Unabhängigen, der Bürgerpartei (entsprechend der deutschnationalen Partei) und der Demokraten sind mit den entsprechenden Parteien der badischen Listen verbunden und erhalten infolgedessen zusammen je ein Mandat.

35. Wahlkreis, Baden

In Baden erhielten bei einer Gesamtstimmenabgabe von 932 907 Stimmen die Dntl. 112 866 (78 970), die D. Vp. 65 150, Ztr. 327 119 (381 185), Dem. 114 016 (226 830), Soz. 186 900 (306 824), U. Soz. 103 227, Komm. 14 728 Stimmen. Demgemäß erhalten die Dntl. ein Mandat, Dr. Düringer), D. Vp. ein Mandat (Dr. Curtius), Ztr. fünf (Fehrenbach, Dietz, Dr. Wirth, Erfing, Damm), Dem. ein (Dietrich), Soz. drei (Oskar Geck, Schöpflin, Riedmiller), U. Soz. ein Mandat (Adolf Geck). Das bedeutet für die D. Vp. einen Gewinn von einem Mandat, für die Dem. und Soz. den Verlust von je zwei Mandaten, für die U. Soz. den Gewinn von einem Mandat.

Teilergebnisse aus dem Reich:

Eine Anzahl Wahlbezirke haben bis jetzt nur ein vorläufiges Resultat gemeldet, über dessen Bedeutung noch nichts gesagt werden kann. Zur Ergänzung des Bildes von der Wahl im ganzen Reich lassen wir diese unvollständigen Wahlergebnisse hier folgen:

13. Wahlkreis, Erfurt

Aus Erfurt wird folgendes vorläufige Gesamtergebnis gemeldet: Von 412 675 abgegebenen Stimmen entfielen auf die Dntl. 58 100, D. Vp. 88 291, Chr. Vp. 6841, Dem. 45 801, Soz. 81 882, U. Soz. 130 681, Komm. 6808, Thür. Landbund etwa 17 000. Einige Orte stehen noch aus.

23. Wahlkreis, Köln

Von den 290 Wahllokalen der Stadt sind bisher die Ergebnisse aus 270 eingegangen. Da also noch die Resultate von 20 Lokalen fehlen, ist das Ergebnis noch unvollständig. Bis jetzt wurden abgegeben: Dntl. 6607, D. Vp. 34 006, Chr. Vp. 8584, Ztr. 82 390, Dem. 14 888, Soz. 61 818, U. Soz. 20 471.

22. Wahlkreis, Aachen (Stadt)

Dntl. 1525, D. Vp. 7138, Chr. Vp. 1562, Dem. 4088, Soz. 10 868, U. Soz. 5814.

24. Wahlkreis, Trier (Stadt)

Dntl. 208, D. Vp. 3096, Chr. Vp. 230, Ztr. 15 287, Dem. 1046, Soz. 2904, U. Soz. 2047.

27. Wahlkreis, München

Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 80 Proz. und einer starken Verschiebung nach rechts wird folgendes vorläufige Ergebnis für München gemeldet: Verein. Rechtspart. 13 000, Bayr. Vp. 31 000, Dem. 7900, Soz. 15 900, U. Soz. 17 800, Komm. 6300, Bauernbund 2700.

29. Wahlkreis, Hof (Stadt)

Dntl. 1030, Bayr. Vp. (Ztr.) 967, Dem. 5544, Soz. 1660, U. Soz. 10 734, Komm. 154, Bauernbund 1.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200608/1